

Erstausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Sprechstunden der Redaction:
Bismarckstraße 10-12 Uhr.
Nachmittags 6-8 Uhr.

Alle die Wähler eingetragene Wählerlisten nach 10
in Abschnitten nicht verändert.

Kannnen der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Anzeigen an
Bismarckstraße 10-12 Uhr.
an Sonn- und Festtagen früh bis 10 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Anzeigen:
Otto Reum, Bismarckstraße 21,
Louis Ullrich, Bismarckstraße 18, u.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anstalt 18,000.

Abonnementspreis viertel. 4 1/2 M.

incl. Frachtpost 5 M.
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegblätter 10 Pf.

Gebühren für Extrablätter
(in Textform) (sonst gratis)
ohne Vertheilung 30 Pf.
mit Vertheilung 45 Pf.

Inserate gegenläufige Zeilen 20 Pf.

Bestere Schriften laut anderem Preis
berechnen.

Tabellarische u. statistische nach 1000er Zahl.

Reklamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 30 Pf.

Zeichnungen sind nicht zu übernehmen.
— Reklam wird nicht gegeben.
Zahlung promptem oder durch Post-
nachnahme.

Nr 252.

Montag den 8. September 1884.

78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Vertheilung von Granit-Trottoirs in der Goethe-
Straße soll an einem Aufsteiger in Accord verdingen
werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten
liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage,
Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp.
entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind heranzugehen mit der Aufschrift:
„Trottoirvertheilung in der Goethe-Straße“
beruhen ebenfalls und zwar bis zum 13. dieses
Monats Nachmittags 5 Uhr eingereicht.
Leipzig, am 4. September 1884.

Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Der Preis der in der hiesigen Gasanstalt I producirten,
aus natürlichen Gasen gewonnenen Coaks, welche sich
zu allen gewerblichen Feuerungen ganz besonders
eignen und deren commissionirter Verkauf Herrn Louis
Weiler hier übertragen ist, beträgt

vom heutigen Tage an

für jeden Dekostner loco Gasanstalt 80 Pfennige und ein-
schließlich des Fuhrlohens bis an das Haus 95 Pfennige.
Leipzig, den 8. September 1884.

Des Rathes Deputation zu den Gasanstalten.

Auction.

Von dem unterzeichneten Auktionator sollen in Stadthaus 51/11
(Eingang Köhlerg. Nr. 7)

Am Freitag den 11. September a. e.,
Nachmittags um 9 Uhr an

eine Partie getragene Reibungsstücke, eine Partie Holz-, Sand-
und Kalksteine, Leinwand, Oel, u. dergl. m. meistbietend
gegen Baarzahlung veräußert werden.
Leipzig, den 6. September 1884.

Das Armenamt.

Ludwig-Woll, Jungbühnel.

Der im hiesigen Georgenpark befindliche gewesene Schmelzer
Franz Emil Kühn an Leipzig ist von dem am 11. des
dies. gest. Monats verstorben und hinterläßt sich sieben-
zehn Kinder.

Der Herr, im im Betreffungsstelle festzusetzen und nach Nach-
richt zu geben.
Leipzig, am 6. September 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Verstärker.

Bekanntmachung.

Die Gewerkschammer zu Leipzig hat beschlossen, zur theil-
weisen Befreiung ihrer Mitgliedschaften für das laufende Jahr
an jede Partei der für das Einkommen in Classe 4. des Einkom-
mensteuer-Gesetzes (Einkommen aus Handel und Gewerbe) ein-
schließen Steuerbeiträge

einen Zuschlag von 1 Pfennig

erheben zu lassen.
Dieser Zuschlag, welcher mit dem am 30. d. Mts. laufenden
Fiskaljahr der hiesigen Einkommensteuer erhoben werden soll, ist
von den zur Gewerkschammer nicht zugehörigen Gewerbetreibenden der
Kammerbezirke (Stadt Leipzig, Jena, Naumburg, Markranstädt und
die zur Königl. Kreisgewerkschammer Leipzig gehörenden Land-
gemeinden), deren Einkommen zusammen 600 A. übersteigt, zu
entziehen.
Leipzig, den 1. September 1884.

Die Gewerkschammer.

D. K. Dehler, Hof-Druckg. G.

Nichtamtlicher Theil.

In den Wahlen.

Amor ist der Wahltag noch nicht bekannt gemacht, aber die
Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen werden bereits von
der Centralstelle aus getroffen, es ist also an der Zeit, auf das,
worauf es ankommt, die Aufmerksamkeit zu richten und sich ein
klares Bild der Sachlage zu machen. Das Centrum hat mit
durch die Amberg Katholikenverammlung in dem Streben, zur
vollen Arbeit zurückzuführen, wesentlich unterstützt. Wind-
thorst und Genossen haben dafür gesorgt, daß fortan jeder weiß,
was von dieser Partei zu erwarten ist, worauf sie eigentlich
hinaus will. Für sie ist die sociale Frage nur die Handhabe,
um die Herrschaft der Kirche an die Stelle der Staatsgewalt
zu legen. Die Kirche allein vermag nach der Ansicht
des Centrums die sociale Frage zu lösen. Der Staats-
socialismus bedeutet nach Grunde die Einbürgerung der persö-
lichen Freiheit, während die Kirche die persönliche Freiheit
hockhält. Die Arbeiter haben also das Ziel der Zukunft
nicht vom Staat, sondern von der Kirche zu erwarten und
haben die Forderung ihrer sociale dieser unzulänglich. Um
der Kirche aber bei ihrer socialistischen Agitation volle Frei-
heit zu gewähren, ist die Befreiung des Culturkampfes
nöthig, denn erst nach Erreichung dieses Zieles ist die Kirche
vollständig Herrscherin auf ihrem Gebiete und zugleich aber
auch die Herrscherin des Staates.

Mit einem solchen Programm ist die Bündnisfähigkeit des
Centrums für die conservative Partei aufgehoben, das Tis-
sch zwischen beiden Parteien ist zerbrochen und damit ist
auch der Punkt des conföderativen Programms, welcher die
Befreiung des Culturkampfes fordert, nicht mehr haltbar.
Einer Partei, welche die Rückgewinnung des Reiches mit der
Befreiung der Staatsgewalt beantwortet, welche die Macht
der Kirche an die Stelle der Macht des Staates setzen will,
würde die von ihr so unheimlich geforderten Rechte nicht
gemährt werden, darüber können die bisherigen Bundes-
genossen des Centrums, die Deutschconservativen, nicht im
Zweifel sein. Das conföderative Bündnis war schon
seit langer Zeit brüchig gewesen, was der Amberger
Katholikenverammlung ist es schließlich unmöglich.

Die Centrumsmitglieder hätten sich aber wohl, die Con-
sequenz ihres Verhaltens in dieser Veranlassung zu ziehen
und den Conföderativen den Scheiterviel zu überreichen, den
Föderativbund werden sie durch die Nationalliberalen zu
weil sie diese dadurch zu isoliren hoffen. Sie rechnen dabei
auf die Macht der Gewerkschammer, welche den Conföderativen

liberalismus als des Schlimmste und Hoffentlichste er-
scheinen läßt. Dieser Muth der Gewerkschammer gegen die
Nationalliberalen wollen den bestehenden Staat erhalten und
unterstützen deshalb den Staatsocialismus, durch welchen die
Landwirthschaft in ihren berechtigten Forderungen zufrieden-
gestellt wird. Zur Erreichung dieses Zieles können und müssen
Conservativen und Nationalliberalen zusammenwirken. Auf
das Centrum ist dabei nicht zu rechnen, weil es den Staats-
socialismus vertritt und den Socialismus der Kirche an
dessen Stelle setzt, weil diese angeblich die persönliche Freiheit
aufrecht erhält im Gegensatz zum Staatsocialismus, welcher
sie einengen soll.

Dieses Schlagwort: „Hochhaltung der persönlichen Freiheit“
baut dem Centrum die Brücke zu der deutschfreisinnigen Partei
und diese Partei wird sich nach den bisherigen Erfahrungen keinen
Augenblick bestimmen, in die dargebotene Hand einzuschlagen.
Wahlbündnisse mit dem Centrum sind für die Deutschfreisinnigen
in einer Zeit um so werthvoller geworden, in welcher sie den
Hoden mehr und mehr unter den Füßen verlieren. Die
Deutschfreisinnigen haben unter Führung Richter's in der
verflochtenen Session des Reichstages und des preussischen Land-
tages ihre Bereitwilligkeit, den Culturkampf zu beenden,
wiederholt zu erkennen gegeben und sie werden durch das
Gezähne der Amberger Veranlassung keineswegs an der Ein-
lösung ihres Versprechens behindert, im Gegentheil haben
sie doppelt und dreifach Gründe, die angetragene Bundes-
genossenschaft des Centrums mit offenen Armen zu be-
grüßen, denn die neuen Bundesgenossen sind zugleich Gegner
des Staatsocialismus und Todfeinde der Nationalliberalen,
enliche Freunde der persönlichen Freiheit und Widerläufer
neuer Gesetze. Im Laufe der Session könnte sich noch ein
fernerer wichtiger Einigungspunkt hinzugesellen und das wäre
die Abkündigung einer erneuten Festhaltung des Präsidiums
der Armee auf eine längere Reihe von Jahren. Ein Haupt-
programm der Deutschfreisinnigen lautet bekanntlich:
Feststellung des Präsidiums des Reiches in jeder Legislatur-
periode, also Vermittlung höchstens auf drei Jahre. Die Be-
dingungen des ultramontan-deutschfreisinnigen Bündnisses sind
demnach für beide Theile so günstig wie möglich und dieses
Bündnis wird seine Kraft bei den Wahlen auf Weste be-
währen.

Das Bündnis zwischen Centrum und Deutschfreisinnigen
hat nur einen wunden Punkt und das sind die liberalen
Grundsätze und die darauf beruhende Vergangenheit der
liberalen Partei. Die Veranschaulichung der Fortschrittspartei
mit den Sectionen ist selbst noch jungen Datums, am
8. September war sie erst ein halbes Jahr alt, und diese
Zeit dürfte kaum hinreichen, um den neuen Bund auszu-
bilden zu machen. Der richtige Fortschrittsweg kann freilich
sein Gedanken und sein Schwanken, was es gilt, Parteizwecke
zu erreichen, aber das liberale Geistes der neu hings-
genommenen Parteigenossen konnte doch nicht der
Erklärung zugänglich sein, daß ein so unnatürliches Bünd-
nis wie das zwischen Centrum und Vertretern des liberalen
Gedankens doch kein aufrechtiges oder auch nur zu-
lässiges ist. Die Frage lautet aufzuheben, ob denn
diese Parteirückstände schwer genug wiegen, um alle
bezügliche Parteizwecke unzulässig zu machen. Schon einmal kam
die kaum verlegene Veranschaulichung in Gefahr, in ihre
Bestandtheile aufgelöst zu werden, als die Verantwortung der
Frage nötig wurde, ob das Socialistengesetz verlängert
werden solle oder nicht. Bei der Abstimmung löste sich der
Zusammenhang innerhalb der Deutschfreisinnigen, und eine
solche Auflösung konnte angelehnt der Zustimmung, ein Bünd-
nis mit dem Centrum zu schließen, sich noch unbereitender
und erregter gehalten. Das Bündnis zwischen Ultramontanen
und Conföderativen war schon ein unnatürliches Gebilde, seine
Unhaltbarkeit ist heute erwiesen, ein Bündnis mit liberalen
Elementen ist noch weniger für die Dauer denkbar.

Windthorst sagt: „Die Nationalliberalen wollen auf unsere
Kosten Compromisse schließen, wir müssen sie deshalb unbar-
terzig bekämpfen, wie sie und bekämpfen. Unter keinen Um-
ständen dürfen wir für einen Nationalliberalen eintreten.
Wenn wir unbedenklich arbeiten, wenn wir den National-
liberalen, die uns mit Füßen treten wollen, das Concert ver-
stehen, wenn wir unsere Pflicht thun, dann ist der Sieg nicht
fern.“ Und diesen Appell Windthorst's mit dem Aus-
druck der Hoffnung, daß die Ultramontanen in Süddeutsch-
land noch 5 bis 6 Sitze gewinnen werden. In Süddeutsch-
land steht nämlich das demokratische Element der ultramontanen
Programms am meisten und deshalb ist auch in der
Amberger Verammlung der Nachdruck auf die Gewerks-
leistung der persönlichen Freiheit, d. h. der politischen Freiheit gelegt
worden.

Die Nationalliberalen suchen sich ihre Bundesgenossen auf
gehobener Basis, als die Ultramontanen und die Deutsch-
freisinnigen. Sie wollen dem Heibelberger Programm gemäß
das Volktheorie erhalten und dazu nicht verwerfliche Mittel
anwenden wie die Preisgebung der vorkriegsrechtlichen Rechte
an die Kirche, ein Mittel, dessen Erfolg außerdem noch als
zweifelhaft ist. Sie wollen auf der gemeinsamen Grundlage
weiter arbeiten und der freien Entfaltung der Kräfte unter
dem Schutze einer starken Regierung auch ferner die Wege
offen halten. Was wir von der alpen schrankenlosen Frei-
heit der persönlichen Freiheit zu erwarten haben, das hat
das Jahr 1848 gezeigt. Wir unterscheiden uns von den Deutsch-
freisinnigen dadurch, daß wir uns nicht ausschließlich auf Selbst-
hilfe verlassen, sondern daß wir auch nach zur Überwindung
der schwierigsten socialen Probleme Staatshilfe für nötig
erachten, wir glauben aber andererseits, daß es auch Schrup-
pen gegen die schrankenlose Vertheilung der sogenannten
Freiheit der Kirche bedürfte und deshalb wollen wir an den
Erzugnissen des Culturkampfes so lange festhalten, bis
die Kirche ihre über das zulässige Maß hinausgehenden An-
sprüche selbst aufgibt und sich den bestehenden Verhältnissen
anbequemt. Diese Ansichten und Überlegungen werden von
der großen Menge der verständigen und maßvoll denkenden
Wähler in Stadt und Land, die liberal gelassen sind, im
liberalen Sinne des Wortes getheilt und deshalb vertrauen wir
sehr auf den Sieg unserer guten Sache.

Leipzig, 8. September 1884.

* Eine interessante Beleuchtung der Colonial-
frage liegt in einer neuen veröffentlichten Schrift von
K. Pöggendorf, „Deutsche Colonialunternehmungen
und Dampfer-Subvention“ vor. Der Verfasser

stellt, wie er im Eingange erklärt, die culturle Seite der
colonialen Bestrebungen Deutschlands mehr in den Vorder-
grund, als es bisher geschehen ist. Die nationale und com-
merciale Seite kommt indessen zu ihrem vollen Rechte. Die
Schrift hält sich bei aller Wärme, mit welcher sie den Ge-
winnen der deutschen Colonisation vertritt, von Uebertreibung
und Phantasie fern, und die Gesichtspunkte, welche
sie namentlich für die Wirkungswerte des Vertriebswesens auf
dem in Rede stehenden Gebiete aufstellt, sind eben deshalb
entschieden beachtenswerth. Man wird dem Verfasser nament-
lich darin zustimmen müssen, daß mit größter Vorsicht solche
Schritte zu vermeiden sind, welche ferner, unabsehbare Schritte
zur notwendigen Consequenz haben, und daß ferner Alles,
was geschieht, aus der eigenen Initiative des Einzelnen oder
der Gesellschaft heraus geschehen muß. „Mit preussischen
Geheimräthen soll und wird nicht colonialisiert werden.“
Wir haben aus der Schrift einige Ausführungen von
Interesse herüber. Die deutschfreisinnige Partei erklärt, sie
stehe ganz auf dem Boden des vom Reichstagler entwickelten
colonialpolitischen Programms, welches sie allerdings in aller-
erster Linie interpretirt. Demgegenüber weist die vor-
liegende Schrift darauf hin, daß in diesem Programm doch
mehr liegt, als diejenige gegeben, welche nur „Colonial-
schmeichelei“ und „Schönheitsfärbung“ in der deutschen Col-
onialbewegung erkennen wollen. Denn Jähr Bismarck hat
tatsächlich nicht lediglich den alten Unternehmungsgeist der
Hanseaten neu beleben wollen, er hat die deutsche Volk und
die Hanseaten vielmehr unter einen Hut gebracht, bezweckt,
daß in Zukunft j. V. eine kaiserliche Colonie des
deutschen Colonialvereins nicht aus dem Argwohn und die
Wißmuth der Hanseaten löst, wenn sie aus ihrer Kraft
heraus ein Colonialunternehmen aufgreift; daß andererseits
aber auch das ganze Volk mit allen seinen Sympathien und
allen seinen materiellen Interessen hinter dem Hanseaten
beruht, wenn dieser einen Vorstoß über See erwidert, eben
weil der Hanseate geteilt hat, nicht mehr ausschließlich für
sich und seine Handelsvertriebe, sondern im Hinblick auf die
allgemeine Wohlfahrt seiner deutschen Mitbürger Colonial-
bestrebungen anzustreben. Den Zusammenhang zwischen der
Dampfer-Subvention und der Colonialpolitik, welchen die
deutschfreisinnige Partei auf nahe liegen-
den Gründen in Abrede stellt, weist die Schrift treffend
nach. „Bismarck erklärt selbst, daß auf der großen
Oceanostraße aller Colonialpolitik, nämlich nach Süden
und Westen, eine eigene directe und regelmäßige Post-
dienstverbindung eingerichtet werde. Um keinen Preis will
er zu lassen, spricht er öffentlich die große Ausrüstung aus,
daß nur der deutsche Unternehmungsgeist der Postfrage folgen
müßte, und vertritt laut und klar einen jeden gefunden
Colonialunternehmen den Guts- und Freiheit der Reiches.
Er legt es so nahe, als er es von seinem Standpunkte aus
nur irgend thun kann, daß die Hanseatenunternehmer nur zu
ihm kommen müßten: die Royal Charter, der Freiheit des
neuen Reiches deutscher Nation, sei ihnen ganz zur
Verfügung gestellt. Schaffen wir nur erst die neue Linie auf der
großen Ozeanostraße. Die Inseln (j. V. an der ganzen
Westküste von Afrika) werden sich schon von selbst ergeben,
werden übrigens auch billiger herzustellen sein.“ Welche die
große Frage, welche in Deutschland eine so lebhaft be-
wegung hervorgerufen hat, noch in weiterem Umfang der-
jenigen unbefangenen Erörterung unterworfen werden, die sie
verdient und deren sie bedarf!

Die „Deutsche Gesellschaft zur Rettung
Schiffbrüchiger“ veranlaßt ihren Jahresbericht, welcher
Zeugnis ablegt von der erfolgreichen Wirkksamkeit dieses unter
dem Protectorat des Reiches stehenden gemeinnützigen Unter-
nehmens, sowie von dem zunehmenden Interesse, welches ihm
allenthalben im Reiches zugewandt wird. Die Zahl der von der
Gesellschaft erzielten Rettungserfolge beläuft sich jetzt auf
85 (41 an der Nordsee und 44 an der Ostsee). Durch die-
se sind im vergangenen Jahre in 14 Fällen 88 Personen
gerettet worden. Die Gesamtzahl der Personen, welche der
Gesellschaft die Rettung ihres Lebens verdanken, belief sich
bis Ende März 1884 auf 1482.

Eine durch einige Blätter gezeigte Notiz, daß von der
kaiserlichen Admiralität Vorbereitungen zur Organi-
sation eines neuen Kaiserlich-torpedobootes getroffen
werden, blickt den Ereignissen etwas nach. Schon im Früh-
jahr ist, wie die „Börsen-Zeitung“ ausführt, seitens des
Reichs eine Veränderung in Beziehung auf die Küsten-
verteidigung dahin beschlossen, daß in Zukunft der Marine
nicht mehr die Vertheilung der beiden Reichskriegsflotten
allein, sondern auch die maritime Vertheilung der von
Preußen rekrutierten, an der See gelegenen Festungen und
festen Küstenwerke zuzufallen soll. Es stellt sich, als man
den Anforderungen eines vorzeitigen künftigen Küstenkrieges
näher tritt, heraus, daß es für Preußen wie für die übrigen
eine organisatorisch gesehene Vertheilung an der maritimen
Vertheilung aller Küstenfestungen vorzuziehen. Seitens der
Regierung mußte daher danach getrachtet werden, die
Hanseatenflotten so bald als möglich und so sicher als möglich
mit Seemanns durch eigene Truppentheile versehen zu lassen.
Für die Marine hätte dieser Zustand insofern Bedenken, als
es ein hohes Interesse daran haben muß, die ihr in Wohl-
thalle als Besatzungsdienste dienenden Häfen so lange als möglich
offen gehalten und demnach die Hanseaten so angelegt zu
sehen, daß sie dem Ein- und Auslaufe ihrer eigenen Schiffe
so wenig als möglich hinderlich werden. Ein außerordentlicher
Verkauf von Torpedobooten und Torpedobatterien wird in
Zukunft die Interessen der Marine an allen Theilen der
Küste mehr als bisher zur Geltung bringen. In der
Marineverträge vom 11. März d. J. sind diese Verhältnisse
bereits zur Erweiterung gelangt. Es wird dort hervor-
gehoben, daß einzelne und gerade die wichtigsten Theile
unserer Küsten die Action der Torpedobooten bezüglichen
durch die künftigen Fortschritte, bis in welches hinein die-
selben von größeren Fortschritten nicht befreit werden können
und durch die mehrfachen Anschläge, welche die möglicher
innerer Communication überlandwärts Fortsetzen und die
die Küstenlinie bieten. So j. V. die Küste zwischen
Helm und Danzig, die Odermündung, die Gewässer um
Kügel, die Ostsee-Schleswig-Holstein und der Allende die
Watten in der Nordsee. Für den Küstenkrieg und für die
Bewegung der Schiffsflotte erachtet die Admiralität be-
sonnlich 150 Torpedobooten für erforderlich. Ende dieses
Sommers sollten davon 33 vorhanden sein, so daß noch 115
Torpedobooten zu beschaffen sein werden, wenn nicht noch
mehr. Jedes Boot wird einschließlich der dazu gehörigen

Torpedos und Ausrüstungsgegenstände einen Viertel-Million
Mark kosten. Auch jene Torpedobatterien sollen, wie seiner
Zeit von uns mitgeteilt worden, an diejenigen Stellen der
kaiserlichen Flotte, welche am meisten in Anspruch genommen
werden, welche der Feind, wenn er die Einlagerung erzwungen
wird, passieren muß. In der Ostsee sollen Torpedobatterien
mit im Ganzen 51 Torpedos angelegt werden. Weitere
Bestellungen auf Torpedobooten werden erst nach dem Abschluß
der vierjährigen Verhandlungen der Torpedo-Verträge mit
zu erwarten sein. Da das Commando die Resultate dieser
Verhandlungen selbstverständlich streng geheim hält, so kann man
leicht erweisen, welchen Werth die Angabe der Blätter
über die Brauchbarkeit und Zweckmäßigkeit der einzelnen
Boote haben.

In das Bild, welches die Katholikenveramm-
lung in Amberg von den Bestrebungen der ultramontanen
Partei geliefert hat, ist von Herrn Windthorst noch in
letzter Stunde eine neue Farbe gezeichnet worden. Es ist ein
echt Windthorst'scher Gedanke, das katholische Bayern
als Vormacht und Vorbild der Ultramontanen in
Deutschland dem „protestantischen Kaiserthum“ ent-
gegenzusetzen. Ob es dem Ultramontanen jemals gelingen
wird, den protestantischen Staat zu seinem Werkzeuge zu machen
und auf diesem Wege den Lebensnerv der deutschen Einheit
zu verletzen, muß dem zukünftigen Geschehe der deutschen
Nation anheimgestellt bleiben; das Nationalgefühl in Bayern
ist denn doch Gott sei Dank zu stark, um sich durch das Be-
sprechen des Centrumsführers, Bayerns particularer Interessen
zu vertheiligen, erlassen zu lassen. Der Plan wird
scheitern, aber er legt wieder einmal recht eindringlich, wie
nötig es ist, den ultramontanen „Freunden“ des Reiches
auf die Finger zu sehen.

Der ultramontane Hg. Bachem hat eine Schrift
„Über den preussischen Culturkampf“ veröffentlicht,
welche als ein dankenswerther Beitrag zur Charakteristik der
gegenwärtigen Bewegung im deutschen Ultramontanismus
betrachtet werden muß. Wir haben in Amberg — man
nicht zum ersten Male, aber mit größerer Deutlichkeit, als
bisher — gehört, daß die „preussische Staatsidee“
(d. h. im weiteren Sinne nichts Anderes, als die Idee des
modernen Staates überhaupt) mit den ultramontanen
Interessen nicht verträglich ist und deshalb bekämpft
werden soll. Das ist in der That der Hauptpunkt, um den
sich jede politische und nicht politische Debatte des Ultra-
montanismus, in Preußen und Deutschland zumal,
bewegt, und in welchem für diese Richtung, wie alles Andere,
so auch die Socialpolitik mit dem Culturkampfe zusammen-
hängt. Dies wurde in Amberg so ausgedrückt: „Die sociale
Frage und der Culturkampf stehen im engsten Zusammen-
hange; beide Erscheinungen sind auf derselben Wurzel ge-
wachsen.“ Diese Wurzel ist eben die „preussische Staats-
idee“. Herr Bachem sagt damit in voller Uebereinstimmung:
„Wenn man näher zuseht, so wird man finden, daß die
Wurzeln der neuerlich in Preußen proclamirten socialen
Politik mit den staatsrechtlichen Traditionen der preussischen
Richtungslehre im tiefsten Grunde identisch sind.“ Der „Cen-
trum“ empfehlen wir diesen Satz als Maßstab der Sym-
pathien, welche das Centrum der „in Preußen proclamirten
socialen Politik“, d. h. der Politik der kaiserlichen Verfassung,
entgegenbringt. In der gegenwärtigen preussischen Verfassung
sind die Bestimmungen der Parteiverträge Preußen neuerdings als
der „Hegel-Robertus-Bismarck'sche Allianzvertrag“, und
auch Herr Bachem nennt es „das classische Band des
Staatsvertrages zur Staatsallianz übernehmenden Hegelianis-
mus“. Herr Bachem erweist sich als richtig, eingeschrieben,
daß der Philosoph Hegel nicht den preussischen Staat geschaffen
hat und für seine Natur nicht verantwortlich gemacht werden
kann. Er erklärt zunächst, daß noch „der harte Willkürgeißel“
hingekam, um „das classische Band der Staatsallianz“ zu
vollenden“. Dann aber gibt er untrüglich zu, daß Hegel den
preussischen Staat und seine Eigenart schon fertig vorfand.
„Seit der Reformation, sagt er, hat die Entwicklung der
Staatsidee in Preußen zur Omnipotenz nur eine
einzig unbedeutende Unterbrechung, unter Friedrich Wilhelm IV.“
Wenn die brandenburg-preussischen Regenten nach den
in ihren politischen Lehren und in sonstigen Staats-
acten niedergelegten Anschauungen verfahren hätten,
so würde die letzte Consequenz die gewaltthätige Aus-
rottung des Katholicismus gewesen sein.“ Das ist es
nicht, was, log in anderen Umständen begründet. Herr
Bachem führt diesen Gedanken näher aus, es erklärt, daß
es nicht der Staat Hegel's oder Robertus' oder des Fürsten
Bismarck ist, den die Ultramontanen bekämpfen, sondern
einfach und klar: Der Staat der Hohenzollern. Dem
Gedanken Herr Bachem ein, daß dieser Staat seine Natur
niemals aufgeben wird, und darum erklärt er schließlich eine
Verföhnung, einen Frieden mit ihm für unmöglich.

Der „Reichsfreund“, das Organ des Abgeordneten
Eugen Richter, des Führers der deutschfreisinnigen Partei,
veröffentlicht folgendes interessante Valedictum:
Reichsplan des Abg. Eugen Richter. Für Mitglieder der
Wahlcomité und Wahlcomité, welche den Abg. Eugen Richter
genügend seiner Rolle zu sprechen wählten, diese zur Nachricht:
Eugen Richter verließ Comand am 6. September früh 7 Uhr
20 Minuten Berlin und triff über Stettin und Danzow am 2 Uhr
10 Minuten in Berlin und am 3 Uhr 15 Minuten in Lage ein.
Bertrag in Lage (Hauptbahnhof) um 5 Uhr 15 Minuten.
Rückfahrt von Lage 8 Uhr 2 Minuten über Berlin, Ebersdorf nach
Berlin. Sonntag den 7. September Vormittags 10 Minuten
über Berlin, Nachmittags 3 Uhr Vortrag befristet auf dem Johannisberg.
Montag den 8. September früh über Berlin und Lage. Rück-
fahrt befristet 1 Uhr 53 Minuten. Vortrag befristet am 8 Uhr. Rück-
fahrt von Lage 6 Uhr 58 Minuten über Frankfurt a. M. nach Berlin
(Königsplatz) befristet am Dienstag den 9. September.

Heute am 13. September von Berlin Morgens 8 Uhr
38 Minuten direct nach Jena. — Sonntag Abend von Jena
nach Königsberg, Montag früh 9 Uhr 10 Minuten von Königs-
berg nach Berlin.
Rückfahrt sind zu adressiren nach Berlin an Herrn Reichs-
amtsrat Schmitz II., nach Jena an Herrn C. Kreyer, nach Jena
an Herrn Otto Richter, Berliner der „Oberdeutschen Volks-
zeitung“, im Ubrigen an Centralcomité Berlin W., Kaiserlicher
Straße 35.

Jahr für Jahr schwindet die national-politische Be-
wegung in den östlichen Provinzen Preußens immer
mehr an. Namentlich wird in Polen und Westpreußen von
Seiten der polnischen Patrioten alles gethan, um das National-
gefühl in den beiden Volkstheilen zu wecken, zu beleben und
zu stärken. Die zahlreichen polnischen Vereine, die sich heute
schon über die ganze Provinz Polen erstrecken, vermehren sich